

USA

We shall overcome

& some day: Dieser Tag könnte mit der Wahl Barack Obamas zum Präsidenten der USA nahe rücken. Es wäre ein Meilenstein auf dem langen Weg der Afroamerikaner zu ihrer Emanzipation

Von Manfred Berg

Der Verfassungszusatz, den der US-Kongress im Februar 1869 verabschiedete, war kurz und klar: »Das Wahlrecht der Bürger der Vereinigten Staaten darf von den Vereinigten Staaten und den Einzelstaaten nicht aufgrund der Rassenzugehörigkeit, der Hautfarbe oder vormaliger Dienstbarkeit verweigert oder beschränkt werden.« Mit dieser Bestimmung, die nach der Ratifizierung durch die Bundesstaaten im März 1870 als 15. Zusatzartikel zur Verfassung in Kraft trat, sollte nach der Abschaffung der Sklaverei und der Garantie der Gleichheit vor dem Gesetz die politische Emanzipation der ehemaligen Sklaven vollendet werden.

Innerhalb weniger Jahre hatte sich ein dramatischer Wandel vollzogen. Im Jahre 1860, am Vorabend des Bürgerkrieges, lebten im amerikanischen Süden rund vier Millionen Sklaven. Die etwa 400000 freien Schwarzen bildeten fast überall im Land eine unterdrückte und verachtete Minderheit, der bürgerliche Gleichberechtigung und politische Mitwirkung verweigert wurden. 1857 noch hatte der Oberste Gerichtshof geurteilt, dass Schwarze niemals Bürger der USA sein könnten. Und vier Jahre später, zu Beginn des Sezessionskrieges, erklärte Präsident Abraham Lincoln, das Kriegsziel der Union sei allein die Rettung der nationalen Einheit und keineswegs die Abschaffung der Sklaverei.

Lincoln musste freilich bald erkennen, dass der Krieg gegen die Sklavhalter nur zu gewinnen war, wenn er zu einem Kampf gegen die Sklaverei gemacht wurde. Mit seiner Emanzipationserklärung von 1862/63 setzte er eine Dynamik in Gang, die Historiker zu Recht als »zweite amerikanische Revolution« bezeichnet haben. Dabei waren die schwarzen Amerikaner keineswegs Zuschauer. Rund 200000 afroamerikanische Soldaten dienten in der Unionsarmee; 40000 von ihnen ließen ihr Leben.

Und sie kämpften nicht bloß für das Ende der Sklaverei. Um die Früchte des Sieges zu sichern, so forderten schwarze Soldaten 1863 in einer Petition, sei es notwendig, »den schwarzen Mann zum Wähler zu machen, so wie man ihn zuvor zum Soldaten gemacht hat«. Das Argument blieb nicht ohne Wirkung. Auch Lincoln, der über die bürgerliche Gleichheit der Rassen sehr skeptisch dachte, sprach sich vorsichtig dafür aus, »denen, die tapfer in unseren Reihen gefochten haben«, das Wahlrecht zu gewähren.

Die große Mehrheit der Weißen im Norden war freilich anderer Ansicht. Als nach dem Bürgerkrieg mehrere Staaten des Nordens Volksabstimmungen über das Wahlrecht für Schwarze abhielten, stimmten die Wähler fast überall mit Nein. Die Macht sollte allein in der Hand des weißen Mannes bleiben. Dass es überhaupt zur Annahme des eingangs zitierten 15. Verfassungszusatzes kam, hatte vor allem einen Grund: Mit dem Wahlrecht für die befreiten Sklaven wollte die Republikanische Partei ein Bollwerk gegen das Wiederaufleben der Rebellion im Süden errichten und die eigene Machtbasis sichern. Da die Besetzung der besiegten Südstaaten nicht ewig währen konnte, sollten die schwarzen Einwohner dort zukünftig per Stimmzettel Einfluss bekommen, um die »Partei Lincolns« zu stärken.

Unter den Befürwortern des Schwarzenwahlrechts war strittig, ob man zugleich auch das Frauenwahlrecht einführen sollte. Viele der amerikanischen Suffragetten waren aktiv für die Abschaffung der Sklaverei eingetreten und hofften nun, »am starken Arm des schwarzen Mannes in der blauen Uniform in die Wahlkabine einzumarschieren«, wie es die Frauenrechtlerin Elizabeth Cady Stanton formulierte. Die gleichzeitige Einführung des Wahlrechts für Schwarze und Frauen erschien den Republikanern jedoch zu

revolutionär. Mit dem Hinweis, jetzt sei erst einmal die »Stunde des Negers« gekommen, wurden die Frauen zur Geduld ermahnt. Tatsächlich sollte es noch 50 Jahre dauern, bis auch die amerikanischen Frauen das Wahlrecht erhielten.

Den befreiten Sklaven indes wurde der Stimmzettel bald wieder aus der Hand geschlagen. Zwar leistete 1870 der erste schwarze Senator, Hiram Rhoades Revels aus Mississippi, seinen Eid auf die Verfassung. Doch der 1866 gegründete Ku-Klux-Klan und andere Terrorgruppen führten im Süden einen brutalen Kleinkrieg gegen die angebliche »Negerherrschaft« und versuchten, durch Gewalt und Einschüchterung Schwarze von den Wahlurnen fernzuhalten. Vorerst jedoch schützten Bundestruppen die politischen Rechte der ehemaligen Sklaven, die trotz ihrer Unerfahrenheit die Bedeutung des Wahlrechts klar erkannten. Wo die schwarze Bevölkerung zahlenmäßig dominierte, wählte sie viele eigene Abgeordnete in die Staatsversammlungen.

Spätestens mit dem Ende der militärischen Besetzung des Südens im Jahre 1877 wendete sich jedoch das Blatt. Unter dem Schlachtruf der »weißen Vorherrschaft« gingen die Demokraten in den Südstaaten nun zielstrebig daran, die politische Emanzipation der Afroamerikaner wieder rückgängig zu machen.

Ihr Ziel erreichten sie zum einen durch brutale Gewalt. »Wenn ihr an den Wahlurnen einen Neger trifft, sagt ihm, er soll verschwinden, oder schießt ihn über den Haufen!«, forderte ein Demokrat aus North Carolina seine Anhänger auf. Eleganter waren jedoch »Reformen« der Wahlgesetze. Zwischen 1890 und 1910 beschlossen alle Südstaaten »Zusatzqualifikationen« für Registrierungswillige. Das waren Schikanen, die den 15. Verfassungszusatz aushebeln sollten, ohne gegen seine Buchstaben zu verstoßen.

Lese- und Schreibtests als Bedingung für das Wahlrecht trafen die Schwarzen besonders hart, da viele von ihnen nach wie vor beides nicht konnten. Als dann immer mehr Afroamerikaner alphabetisiert waren, führten viele Südstaaten sogenannte Verständnistests ein. Wer sich registrieren lassen wollte, musste zum Beispiel eine »vernünftige Interpretation« der Verfassung geben. Sinn der Übung war es, Schwarze beim kleinsten Fehler zu disqualifizieren. Eine weitere Hürde war die *poll tax*, eine Kopfsteuer, die bezahlt werden musste, bevor man sich als Wähler registrieren lassen konnte. Für die bettelarme schwarze Landbevölkerung des Südens bedeuteten die ein bis zwei Dollar Kopfsteuer ungefähr einen Wochenlohn.

Unter Franklin D. Roosevelt wechseln die Schwarzen zu den Demokraten

Der Erfolg all dieser »Wahlreformen« ließ nicht lange auf sich warten. Bei den Präsidentschaftswahlen von 1912 gaben gerade noch zwei Prozent aller erwachsenen Afroamerikaner in den Südstaaten ihre Stimme ab. Im Jahre 1940 waren dort höchstens fünf Prozent aller potenziellen schwarzen Wähler registriert. Afroamerikanische Mandatsträger fanden sich im Süden schon lange nicht mehr.

Apathie und Resignation machten sich breit. Einflussreiche Wortführer der Schwarzen wie Booker T. Washington, der Präsident des Tuskegee Institute in Alabama, rieten dazu, sich vorerst auf handwerkliche Ausbildung und den Erwerb von Eigentum zu konzentrieren und die Politik den Weißen zu überlassen. Die Beteiligung an der Macht werde sich mit dem wirtschaftlichen Erfolg von selbst einstellen.

Die kleine intellektuelle Elite unter den Afroamerikanern, angeführt von dem Soziologen W. E. B. DuBois, bestand dagegen darauf, dass politische Gleichberechtigung ein Gebot der Selbstachtung und Voraussetzung für die volle Emanzipation sei. Nur durch die unbehinderte Ausübung des Stimmrechts könne die schwarze Minderheit sich wirksam gegen Diskriminierung und Unterdrückung zur Wehr setzen.

Zu den Hauptzielen der 1909 gegründeten National Association for the Advancement of Colored People (NAACP) gehörten deshalb der Kampf um das Wahlrecht und die politische Mobilisierung und Aufklärung der schwarzen Wähler. Auch eine Minderheit, so propagierte man, könne Macht ausüben, wenn sie bei Wahlen das berühmte Zünglein an der Waage bilde.

Die Wirklichkeit sah freilich völlig anders aus. Im Norden, wo sie einigermaßen frei wählen konnten, waren die Afroamerikaner zahlenmäßig unbedeutend und stimmten zudem aus historischer Dankbarkeit zuverlässig für die Republikaner. Beide großen Parteien ignorierten die schwarzen Wähler und bedienten lieber die rassistischen Ressentiments ihrer weißen Anhänger. Noch 1924 stellte der NAACP-Generalsekretär James

W. Johnson desillusioniert fest, die Afroamerikaner seien politisch eine »zu vernachlässigende Größe«. Allein die völlig unbedeutende Kommunistische Partei der USA warb offensiv um das schwarze Proletariat und nominierte 1932 sogar einen afroamerikanischen Vizepräsidentenskandidaten.

Der wichtigste »Verbündete« im Kampf um die Emanzipation wurde die Demografie. Immer mehr Afroamerikaner zogen in den Norden, wo sie in den großen Industriezentren Arbeit und ein freieres Leben zu finden hofften. Damit bestand erstmals wieder die Chance, in Wahlkreisen mit mehrheitlich schwarzer Bevölkerung eigene Kandidaten durchzubringen. 1928 wurde der Republikaner Oscar DePriest aus Chicago ins Repräsentantenhaus gewählt – nach fast dreißig Jahren ohne einen einzigen Schwarzen gab es nun wieder einen Afroamerikaner im Kongress.

Die politische Zukunft lag freilich bei den Demokraten. Das Versprechen Präsident Franklin D. Roosevelts während der Großen Depression, dass es keine »vergessenen Amerikaner« geben sollte, machte auf die schwarzen Wähler des Nordens großen Eindruck. 1932 hatten sie noch wie immer für die Republikaner gestimmt. Vier Jahre später jedoch wählten sie mit überwältigender Mehrheit Roosevelt. Von nun an bildeten die schwarzen Wähler der Großstädte eine verlässliche Säule der demokratischen Wahlkoalition. Ohne ihre breite Unterstützung hätte weder Harry Truman 1948 noch John F. Kennedy 1960 die Präsidentschaftswahlen gewonnen.

Im Süden dagegen musste das Wahlrecht unter großen Opfern erkämpft werden. Immer wieder wurden Afroamerikaner, die sich registrieren lassen wollten, misshandelt oder ermordet. Aber auch hier herrschte jetzt ein neuer Geist. Vor allem viele Veteranen der Armee, die in Europa und Ostasien zwei selbst ernannte »Herrenrassen« besiegt hatte, verlangten völlige Gleichstellung. Nach dem Zweiten Weltkrieg organisierte die NAACP große Registrierungskampagnen in den Südstaaten. Zwischen 1945 und 1952 verdoppelte sich die Zahl der dort registrierten schwarzen Wähler von 600000 auf 1,2 Millionen, was rund einem Viertel aller Wahlberechtigten entsprach.

Doch erst die Bürgerrechtsbewegung, die seit der Mitte der fünfziger Jahre die weiße Vorherrschaft in gewaltlosen Massenprotesten herausforderte, erzielte den Durchbruch. Im »Freiheitsommer« 1964 versuchten schwarze und weiße Bürgerrechtler die schwarze Landbevölkerung in Mississippi zu politisieren, wo der Rassismus besonders gewalttätig war. Anfang 1965 begann Martin Luther King eine große Registrierungskampagne in Selma, Alabama, um die Unterdrückung im tiefen Süden vor der ganzen Nation an den Pranger zu stellen. Der Sheriff der Stadt, Jim Clark, ließ den Protest brutal niederknüppeln.

Unter dem Eindruck der schockierenden Fernsehbilder gab Präsident Lyndon B. Johnson dem Justizminister den Auftrag, zum Schutz des schwarzen Wahlrechts »das gottverdammte härteste Gesetz« auszuarbeiten, das er sich ausdenken könne. Im August 1965 verabschiedete der Kongress schließlich ein durchgreifendes Gesetz, den Voting Rights Act, der die Wahlen in großen Teilen des Südens der Bundesaufsicht unterstellte und alle »Lese- und Verständnistests« suspendierte. Als er das Gesetz in den Kongress einbrachte, zitierte Johnson die Hymne der Bürgerrechtsbewegung: *We shall overcome* – »Wir werden es überwinden, werden siegen.«

Nach dem Wahlrechtsgesetz von 1965 beginnt eine neue Zeit

Das Gesetz hatte spektakuläre Folgen. In Mississippi zum Beispiel waren 1964 gerade einmal 29000 afroamerikanische Wähler registriert. Zwei Jahre später war ihre Zahl bereits auf 175000 angewachsen, und 1970 lag sie bei über 300000. Insgesamt erreichte die schwarze Wählerregistrierung mit rund 60 Prozent aller Wahlberechtigten annähernd das Niveau der weißen Südstaatler.

Erstmals seit vielen Jahren gewannen Afroamerikaner nun wieder politische Ämter. Vor dem Wahlrechtsgesetz gab es im Süden fast keine schwarzen Mandatsträger, 1970 zählte man bereits etwa 700. Angefangen mit Atlanta, das 1973 seinen ersten schwarzen Bürgermeister wählte, wurden in den folgenden Jahren einige der größten Städte des Südens von Afroamerikanern geführt, darunter New Orleans und Birmingham, Alabama, das lange eine Hochburg der Rassisten gewesen war.

Auch national fiel der Einfluss der schwarzen Wähler jetzt spürbar ins Gewicht. Als der liberale Südstaatendemokrat Jimmy Carter aus Georgia 1976 für das Weiße Haus kandidierte, gewann er dank der

einmütigen Unterstützung der Afroamerikaner in zehn von elf Staaten des Südens knappe Mehrheiten. Als am Ende einer spannenden Wahlnacht ausgerechnet Mississippi den Ausschlag zugunsten Carters gab, frohlockte der schwarze Bürgerrechtler und Kongressabgeordnete Andrew Young: »Die Hände, die einst die Baumwolle pflückten, haben heute den Präsidenten gekürt.«

Von einer fairen Beteiligung an der Macht konnte indessen noch keine Rede sein. Tatsächlich war Andrew Young der einzige afroamerikanische Abgeordnete aus dem tiefen Süden, obwohl hier der schwarze Bevölkerungsanteil bis zu 40 Prozent ausmachte. Zwar konnten schwarze Bürger jetzt unbehindert ihre Stimme abgeben, doch zeigten sich die Hüter der weißen Vorherrschaft noch lange nicht geschlagen. Durch die manipulative Einteilung der Wahlkreise, das wohlbekannte *gerrymandering*, und andere Verfahrenstricks sollte das schwarze Stimmenpotenzial so weit wie möglich geschwächt werden. Erst als der Oberste Gerichtshof und der Kongress diesen Praktiken in den siebziger und achtziger Jahren Einhalt geboten, stieg die Zahl der schwarzen Kongressabgeordneten merklich an. Heute liegt die Gesamtzahl aller gewählten afroamerikanischen Inhaber öffentlicher Ämter zwischen 9000 und 10000.

Jesse Jackson nimmt Anlauf für das höchste Amt im Staate

Gleichwohl bleiben die Schwarzen in den USA eine Minderheit, die nur etwa 12,5 Prozent der Bevölkerung und 10 Prozent aller Wählerstimmen ausmacht. Ihre Politiker, die Gouverneursposten, Senatssitze oder gar das Weiße Haus anstreben, benötigen deshalb eine breite Unterstützung auch in der weißen Bevölkerung und immer mehr auch unter den Hispanics. Lange Zeit war es für schwarze Kandidaten schwer, über die eigene Wählerbasis hinaus Anhänger zu gewinnen. Als der Bürgerrechtler Jesse Jackson, ein Weggefährte Martin Luther Kings, 1984 und 1988 die Nominierung zum demokratischen Präsidentschaftskandidaten anstrebte, erzielte er zwar bei den Vorwahlen beachtliche Erfolge. Doch er wurde den Ruf des *race man* nicht los, des bloßen Repräsentanten einer auf die Vergangenheit fixierten Minderheit, die sich ständig als Opfer präsentiert und Privilegien wie die Bevorzugung bei Studien- und Arbeitsplätzen fordert.

Dass der demokratische Präsidentschaftskandidat Barack Obama dagegen die Fähigkeit hat, Wahlkoalitionen zu schmieden, welche die Gräben zwischen den ethnischen Gruppen der USA überbrücken, stellte er erstmals mit seiner Wahl zum US-Senator für den Staat Illinois im Jahre 2004 unter Beweis, als er 70 Prozent aller abgegebenen Stimmen erhielt. Auch in den zurückliegenden Vorwahlen wehrte er souverän alle Versuche ab, ihn in die Ecke des schwarzen Radikalismus zu stellen. In seiner viel beachteten Rede zur Rassenfrage vom März 2008 erinnerte er zwar an die Sklaverei als »Amerikas Erbsünde«, forderte aber dazu auf, gemeinsam »nach vorn zu schauen«.

Dass der Kandidat gerade keine US-typische schwarze Familiengeschichte hat, sondern der Sohn eines Kenianers und einer weißen Amerikanerin aus Kansas ist, macht ihn für viele seiner Anhänger zu einem glaubwürdigen Repräsentanten eines neuen Amerika, das seine Rassenkonflikte überwinden kann. Kritiker sehen ihn hingegen als bloße Galionsfigur eines multikulturellen Wohlgefühls, der es allen recht machen will. Schwarze Traditionalisten monieren, er verkörpere nicht authentisch die Geschichte von Sklaverei und Rassismus, sei eigentlich nicht »schwarz genug«. Für die Skeptiker steht ohnehin bereits fest, dass das weiße Amerika noch nicht »reif« für einen afroamerikanischen Präsidenten ist.

Sollte Barack Obama aber im Januar 2009 auf den Stufen des Kapitols in Washington den Amtseid schwören, dann wäre dies nicht nur ein Symbol für die Emanzipation der schwarzen Minderheit, sondern auch für die Emanzipation der amerikanischen Gesellschaft von ihrer langen und dunklen Geschichte der Rassendiskriminierung.

Der Autor ist Professor für Amerikanische Geschichte (Curt-Engelhorn-Lehrstuhl) an der Universität Heidelberg.

Zum Thema

ZEIT ONLINE 25/2008: Wer war Warren Harding?

Barack Obama wäre nicht der erste schwarze US-Präsident, behaupten einige Journalisten und Historiker. Hätten sie recht, wäre das gar nicht so erstaunlich

[\[http://www.zeit.de/online/2008/25/warren-harding-erste-schwarze-praesident-usa\]](http://www.zeit.de/online/2008/25/warren-harding-erste-schwarze-praesident-usa)

DIE ZEIT 20/2008: Lieber Opfer als Präsident

Wie Schwarze es dem Schwarzen Obama schwer machen: Die politische Tragödie der Afroamerikaner.

[\[http://www.zeit.de/2008/20/US-Schwarze\]](http://www.zeit.de/2008/20/US-Schwarze)

DIE ZEIT 19/2008: Die Pistole liegt neben der Bibel

Er ist der größte Verlierer in der amerikanischen Gesellschaft – aber er entscheidet über den nächsten Präsidenten: der weiße Mann.

[\[http://www.zeit.de/2008/19/Portraet-US-Waehlerschicht\]](http://www.zeit.de/2008/19/Portraet-US-Waehlerschicht)

ZEIT ONLINE /2008: Präsidentschaftswahl in den USA

Analysen, Hintergründe und Videoreportagen zu einer der wichtigsten Wahlen dieser Welt

[\[http://www.zeit.de/themen/international/usa/wahl-2008\]](http://www.zeit.de/themen/international/usa/wahl-2008)

DIE ZEIT 13/2007: Schwarz ist die Hoffnung

Colson Whitehead erzählt von einem Amerika, in dem auch die Hautfarbe nur ein Markenzeichen ist.

[\[http://www.zeit.de/2007/13/L-Whitehead\]](http://www.zeit.de/2007/13/L-Whitehead)

DIE ZEIT 21/2004: Gleich und frei

Vor 50 Jahren läutete der Oberste Gerichtshof den Anfang vom Ende der Apartheid in den USA ein

[\[http://www.zeit.de/2004/21/ZL-Brown\]](http://www.zeit.de/2004/21/ZL-Brown)

DIE ZEIT 05/2004: Von der Sehnsucht nach dem Menschsein

Die Seele der Schwarzen , ein Schlüsseltext der Afroamerikaner, ist nach 100 Jahren endlich auf Deutsch erschienen /Von Andreas Eckert

[\[http://www.zeit.de/2004/05/ST-DuBois\]](http://www.zeit.de/2004/05/ST-DuBois)

DIE ZEIT 25/2003: Amerika, farbenblinde Nation?

Seit dreißig Jahren werben Universitäten in den Vereinigten Staaten gezielt Afroamerikaner an. Demnächst entscheidet das Verfassungsgericht, der Supreme Court, ob Privilegien für Minderheiten eine Form des Rassismus sind

[\[http://www.zeit.de/2003/25/Affirmative_Action\]](http://www.zeit.de/2003/25/Affirmative_Action)

DIE ZEIT, 19.06.2008 Nr. 26